

19.12.2019

Bedingungsloses Grundeinkommen? Einer trage des anderen Last.

Da könnte ja jeder kommen! So lautet die reflexhafte Reaktion der meisten Menschen auf das BGE, dieses Ansinnen von „Spinnern“ und „Utopisten“. Stimmt, da kann wirklich jeder kommen, jeder ohne Ansehen der Person. Einzige Voraussetzung: Deutscher Staatsbürger und einkommenssteuerpflichtig muss er/sie sein.

Kaum ein Thema polarisiert derart stark. Beiden Seiten stehen sich unversöhnlich gegenüber. Es gibt nur schwarz und weiß, Zwischentöne Fehlanzeige.

Hauptkritikpunkte sind:

- 1. Die meisten legen sich auf die faule Haut und arbeiten nicht mehr.**
- 2. Das ist nicht finanzierbar.**

Zu Punkt 1 gibt es eine Fülle von Analysen, Studien, Forschungsergebnissen und Befragungen. Das Ergebnis ist eindeutig. Nur die Wenigsten würden auf Arbeit verzichten. Ein Arbeitsplatz ist wesentlicher Bestandteil der sozialen Integration und des Selbstwertgefühls. Niemand möchte sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Das soll uns aber hier nicht beschäftigen. Dazu gibt es jede Menge Information im Internet, sowie in der Literatur, z.B. in dem aufschlussreichen Buch von Rutger Bregman „[Utopien für Realisten](#)“. Oder in dem Büchlein der Finanzexperten Marc Friedrich und Matthias Weik: „[Sonst knallt´s: Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen.](#)“

Bevor wir aber zu Punkt 2 kommen, dem eigentlichen Thema dieses Beitrags, ein kurzer Blick auf ein weiteres Argument, vielleicht das Wichtigste, das aber nur selten angesprochen wird: die Angst um den Arbeitsplatz. Das BGE bedeutet auch, dass sehr viele Arbeitsplätze wegfallen. Z.B. im Sozialwesen, in der Agentur für Arbeit, im Hartz IV-Umfeld, in Weiterbildung und Praktikumswesen, in der Politik, bei Versicherungen und Rentenabteilungen und im Finanzwesen. Sehr viele, an die 40 Prozent der Beschäftigten, klagen ja heute schon darüber, dass sie eigentlich einen zwar gut bezahlten, aber im Grunde überflüssigen Job haben. All diese müssen um ihren Arbeitsplatz bangen.

Punkt 2 scheint in der Tat die Staatsausgaben zu überfordern. Aber nur auf den ersten Blick. Stellen wir uns folgendes Szenario vor:

- Grundeinkommen 1.000 Euro pro Monat, Jahreseinkommen 12.000 Euro.
- Diese 12.000 Euro sind steuerfrei.
- Alles was an Einkünften über 12.000 Euro hinausgeht wird mit 50 Prozent versteuert.
- Es gibt keine Progression.
- Es gibt keinen Spitzensteuersatz.

Wie sieht der Vergleich der Einkommensteuer heute mit dieser fiktiven Steuer aus. Dazu sehen wir uns zunächst den Bereich der niedrigen Einkommen an.

Bereich niedrigen Einkommens:



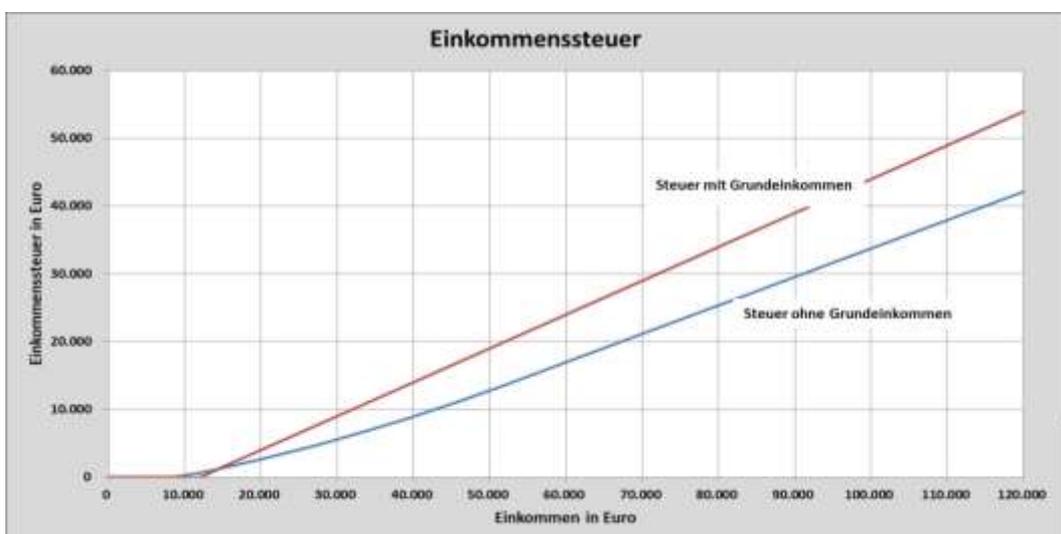
Das soll sozial gerecht sein? Der Freibetrag mit BGE ist zwar höher (blaue Kurve), aber dann schlagen die 50 Prozent gnadenlos zu, oder? Das ist nur auf den ersten Blick ein Problem. Dazu ein kleines Rechenbeispiel:

Steuer heute ohne BGE	Steuer mit BGE
Jahreseinkommen 15.000 Euro	Jahreseinkommen 15.000 Euro plus 12.000 Euro BGE = 27.000 Euro
Steuer 1.500 Euro	Steuer 6.500 Euro
Nettoeinkommen 13.500 Euro	Nettoeinkommen 20.500 Euro

Durch das BGE steigt die Steuer um 5.000 Euro. Das liegt daran, dass das BGE zum versteuernden Einkommen dazugerechnet wird. Trotzdem bleiben dem Steuerzahler 7.000 Euro mehr in seiner Tasche. 7.000 Euro, das ist für einen Geringverdiener viel Geld. Wird er darauf verzichten und die Arbeit einstellen? Ganz bestimmt nicht.

Auch für den Staat hat diese Form der Besteuerung seine Vorteile. 50 Prozent des BGE landen sofort wieder im Staatssäckel.

Bereich mittleren Einkommens:



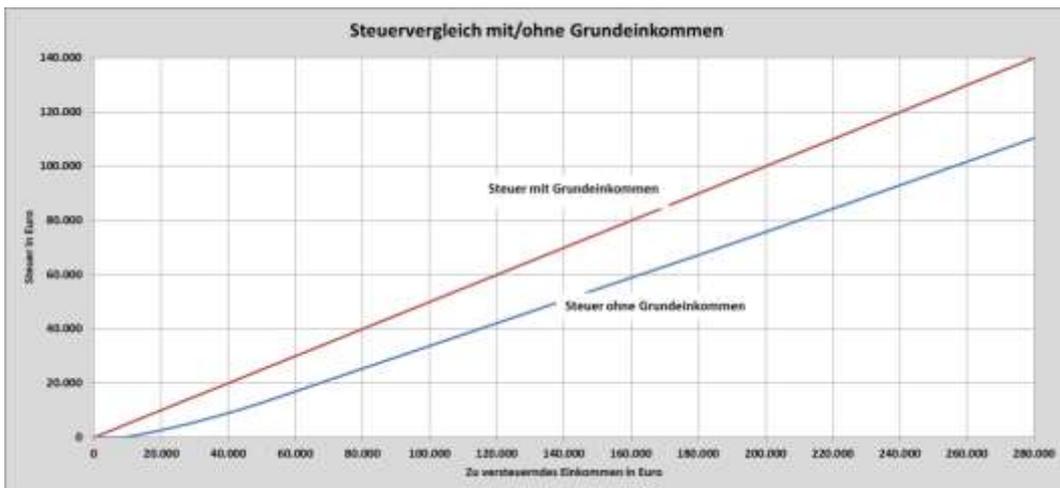
Als Rechenbeispiel nehmen wir ein Monatsgehalt von 5.000 Euro, entsprechend einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro.

Steuer heute ohne BGE	Steuer mit BGE
Jahreseinkommen 60.000 Euro	Jahreseinkommen 60.000 Euro plus 12.000 Euro BGE = 72.000 Euro
Steuer 17.000 Euro	Steuer 30.000 Euro
Nettoeinkommen 43.000 Euro	Nettoeinkommen 42.000 Euro

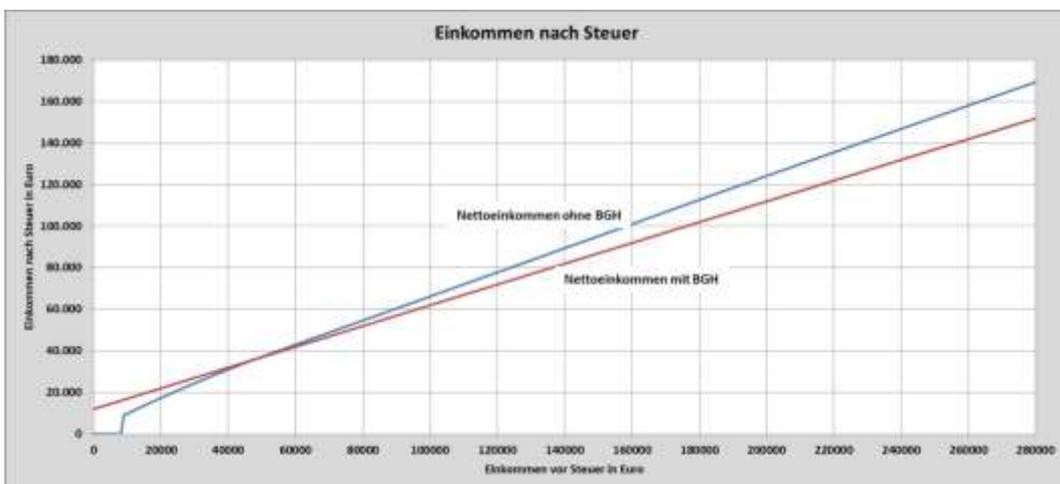
Mehr oder weniger zufällig haben wir den Umkehrpunkt erwischt, an dem sich das BGE und die höhere Steuer in etwa die Waage halten. Wer mit seinem monatlichen Einkommen unter 5.000 Euro liegt, profitiert vom BGE, Wer darüber liegt, leistet einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit – und zur Finanzierung des BGE. Frei nach dem Motto aus der Bibel: „Einer trage des anderen Last.“ (Galater 6.2)

Was bleibt vom BGE im Geldbeutel übrig?

Rechnet man das BGE zum versteuernden Einkommen hinzu, zahlt jeder Steuerzahler mehr Steuern als heute.



Trotzdem bleibt jedem mit einem Jahreseinkommen unter 50.000 Euro mehr Geld übrig, wie das folgende Diagramm zeigt.



Betragen die Einkünfte einschließlich BGE mehr als 50.000 Euro, dann macht sich die Besteuerung mit 50 Prozent bemerkbar. Sie liegt deutlich über der heutigen Steuer mit ihrem Spitzensteuersatz von 43 Prozent.

Wichtig ist bei der Besteuerung mit BGE, sämtliche Einkünfte zu berücksichtigen, also auch Renten, Pensionen usw. Ausnahme: Staatsbürger mit Wohnsitz und Versteuerung im Ausland sind vom BGE ausgeschlossen.

Wirtschaftswachstum einmal anders:

Ein wichtiger Parameter der Wirtschaftsexperten bei der Beurteilung unseres Wohlergehens ist das Wirtschaftswachstum. Wirtschaft besteht aus dem Kreislauf von Angebot und Nachfrage, bzw. Produktion und Verbrauch. Wenn also, wie befürchtet, mehr Leute sich auf die faule Haut legen statt zu arbeiten, würde die Produktion von Gütern zurückgehen, und damit die Wirtschaft schrumpfen. DAS Horrorszenario schlechthin für die hochgelehrten Wirtschaftsexperten. Als Folge drängen sie den Staat, die Wirtschaft mit Hilfe von Steuererleichterungen und Subventionen anzukurbeln.

Wirtschaftsexperten, Politiker und Journalisten sehen dabei immer nur die Seite der Unternehmen, also der Produktion von Gütern. Sie übersehen dabei die andere Hälfte des Kreislaufs, die Seite des Konsums, des Verbrauchs. Der Blick in die Kaufhäuser zeigt aber, dass bereits eine gigantische Überproduktion in vielen Branchen herrscht. Wohin man auch sieht, Textilien, Möbel, Nahrungsmittel, Haushaltsgegenstände, Fernsehen, Computer, Bücher, Schmuck, Autos usw., überall sind die Läden gerammelt voll. Hersteller und Kaufhäuser gehen reihenweise in Konkurs und werden anschließend mit Steuermitteln gerettet oder „sozialverträglich“ abgewickelt.

So ist die Lage, wenn immer nur die produzierende Seite des Wirtschaftskreislaufs betrachtet wird, nie die Seite der Verbraucher. Das BGE schafft dieses Ungleichgewicht ab. Endlich können auch Menschen ohne Einkommen nach ihren Vorstellungen am Konsum teilnehmen, ohne über jeden Cent Rechenschaft ablegen zu müssen. Andere, die mit ihren prekären Einkünften mehr schlecht als recht über die Runden kommen, haben deutlich mehr Geld im Portemonnaie. Plötzlich können sie sich hochwertigere Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände leisten. Sie sind nicht länger auf den billigsten Fraß aus Massentierhaltung und dem Schund aus Fernost angewiesen. Was da geschieht nennt sich qualitatives Wachstum, verbunden mit nachhaltigeren Produkten. **Das kurbelt die Wirtschaft an.** Und es erhöht die Steuereinnahmen, z.B. durch die Mehrwertsteuer.

Schritt für Schritt:

Die gesamte Wirtschaft von einem Tag auf den anderen auf das BGE und die 50 Prozent-Steuer umzustellen wird nicht funktionieren. Warum aber nicht klein anfangen? Es wäre doch möglich, mit einem BGE von 100 Euro zu beginnen, und den Betrag jährlich um weitere 100 Euro zu erhöhen. Damit gibt man den Menschen Zeit, sich anzupassen. Mit einer streng neutralen wissenschaftlichen Begleitung könnte man feststellen, wie sich das BGE auf das Verhalten der Bürger, auf die Wirtschaft und die Steuereinnahmen auswirkt. Das weitere Vorgehen hängt vom jeweiligen Ergebnis ab: entweder es gibt grünes Licht oder man zieht die Reißleine.

Armut ist unmenschlich:

Armut hindert die Menschen am menschenwürdigen Dasein. Arme Menschen sind vollauf mit der Bewältigung des Lebens mit wenig Geld beschäftigt. Für schöngeistige Dinge bleiben weder Zeit noch geistige Kapazität. Gleichzeitig baut sich Hass auf. Die Reichen werfen den unteren Einkommensschichten gerne Neid vor. Es ist aber kein Neid, sondern Hass auf diejenigen, die sich scham- und skrupellos auf Kosten der Allgemeinheit bereichern – gestützt durch eine Politik, die die sozialen Spannungen verstärkt statt sie abzumildern.

„Eigentlich bin ich ganz anders, ich komme nur so selten dazu.“ (Ödön von Horváth)

Das BGE könnte dazu beitragen, dass jeder wenigstens ein klein wenig so sein kann, wie er gerne wäre.

Jacob Jacobson

www.der-autokritiker.de